



Einstieg in die Atomenergie birgt hohe Risiken auch für umliegende Länder

Einstieg in die Atomenergie birgt hohe Risiken auch für umliegende Länder
Polens Atompläne gefährden Deutschland
Polens Regierung gefährdet mit ihrem Plan, in die Atomenergie einzusteigen, auch die deutsche Bevölkerung. Premierminister Donald Tusk befürwortet den Bau eines Atommeilers bei Danzig. Die Universität Wien hat im Auftrag von Greenpeace erstmals errechnet, wie sich die Radioaktivität bei einem Unfall in diesem Reaktor verteilen würde. Dabei zeigt sich, dass der Fallout bei bestimmten Wetterlagen auch große Teile Deutschlands unbewohnbar machen würde.
"Der deutsche Atomausstieg ist ein wichtiger Schritt, aber er kann nur ein Anfang sein. Spätestens seit Fukushima muss jedem klar sein: Es gibt keine sichere Atomenergie. Bundeskanzlerin Merkel muss sich jetzt für einen europäischen Ausstieg aus der Atomenergie mit ihren unkalkulierbaren Risiken einsetzen", so Susanne Neubronner, Atomexpertin bei Greenpeace.
Basis der Berechnung sind zwei von Greenpeace in Auftrag gegebene Studien. Zum einen wurde das Institut für Sicherheits- und Risikowissenschaften beauftragt, die Folgen eines Unfalls in einem der diskutierten Reaktortypen zu untersuchen (PDF 28 MB). Dabei zeigt sich, dass auch aktuelle Typen von Atomreaktoren im Unglücksfall große Mengen Radioaktivität freisetzen würden. Zum anderen wurde die Universität Wien beauftragt, auf Basis verschiedener Wetterlagen die Ausbreitung von Radioaktivität im Falle eines Unfalls zu simulieren. Hier finden Sie eine Zusammenfassung der Ergebnisse.
Polen muss jetzt über seine energiepolitische Zukunft entscheiden
Polens Regierung steht vor einer grundlegenden Entscheidung über die energiepolitische Zukunft des Landes. Bislang stehen in Polen keine Atomreaktoren. Jedoch deckt das Land seinen Energiebedarf zu knapp 90 Prozent mit schmutziger Kohle. Um seine Klimaziele zu erreichen, muss Polen in den kommenden Jahren viele Kohlemeiler vom Netz nehmen. Entsprechend müssen jetzt Entscheidungen getroffen werden, wie die wegfallenden Kapazitäten ersetzt werden sollen. "Wer schmutzigen Kohlestrom gegen gefährliche Atomenergie tauscht, treibt den Teufel mit dem Beelzebub aus", so Neubronner. "Tusk muss aufhören, die Kohle- und Atomindustrie zu pöppeln und stattdessen endlich Polens bislang brachliegende Potenziale bei den Erneuerbaren Energien nutzen."
Am 20. und 21. März diskutiert die EU darüber, wie ihr Energiemix im Jahr 2030 aussehen soll. Welche Rolle dabei Atomkraft spielt, wird diese Debatte maßgeblich beeinflussen. Das bislang vorgeschlagene Ziel für den Ausbau der Erneuerbaren von "mindestens 27 Prozent" ist deutlich zu niedrig, um einen Systemwechsel von Kohle und Atom hin zu Sonne und Wind einzuleiten. Greenpeace fordert ein für jedes Mitgliedsland verbindliches Ausbauziel für Erneuerbare Energien von mindestens 45 Prozent bis zum Jahr 2030. Ohne einen solchen Ausbau wird Europa noch über Jahrzehnte abhängig bleiben von Atomkraft und Kohleenergie.
Pressesprecher
Gregor Kessler
Gregor.
Kessler@greenpeace.de
Phone: 040 306 18 -338


Pressekontakt

Greenpeace e.V.

22767 Hamburg

Firmenkontakt

Greenpeace e.V.

22767 Hamburg

Greenpeace ist eine internationale Umweltorganisation, die mit gewaltfreien Aktionen für den Schutz der Lebensgrundlagen kämpft. Unser Ziel ist es, Umweltzerstörung zu verhindern, Verhaltensweisen zu ändern und Lösungen durchzusetzen. Greenpeace ist überparteilich und völlig unabhängig von Politik, Parteien und Industrie. Mehr als eine halbe Million Menschen in Deutschland spenden an Greenpeace und gewährleisten damit unsere tägliche Arbeit zum Schutz der Umwelt. Spektakuläre Aktionen haben Greenpeace weltweit bekannt gemacht. Die direkte Konfrontation mit Umweltsündern dient dazu, auf Missstände aufmerksam zu machen. Greenpeace-Aktivist*innen setzen sich persönlich für ihr Anliegen ein - dadurch erzeugen sie öffentlichen Druck auf Verantwortliche in Politik und Industrie. Doch Greenpeace agiert nicht nur im Schlauchboot, auch die Lobbyarbeit trägt entscheidend zum Erfolg von Kampagnen bei. In langwierigen und zähen Verhandlungen versucht Greenpeace, die politischen Entscheidungen von Regierungen oder Kommissionen zu beeinflussen. Greenpeace arbeitet zu den Themen Klimaveränderung, Artenvielfalt (Ökosysteme der Wälder und Meere), Atomkraft/erneuerbare Energien, Erdöl, Gentechnik, Landwirtschaft und Chemie. Eine Konzentration auf die gewählten Kampagnen ist notwendig: Nur wenn die Organisation ihre Energien bündelt, ist effektives und erfolgreiches Arbeiten möglich.